

# SCHWEIZ

22



## Der Bimmel-Graben

Die Corona-Maßnahmen zerreißen die Schweiz, heißt es. Tatsächlich? Ende November zeigt sich, was da dran ist VON MATTHIAS DAUM

**W**enn es blöd läuft, sind die Schweizerinnen und Schweizer ab dem 20. März 2022 im eigenen Land eingesperrt. Gefühlt zumindest. An diesem Tag endet nämlich die rechtliche Grundlage für das Covid-19-Zertifikat. Und ohne diesen digitalen Impf-, Test- oder Genesungsnachweis, der auch von der Europäischen Union anerkannt ist, wird das Reisen ins Ausland umständlicher: Je nachdem drohen den Reiselustigen auch Einreisequarantänen.

»Damit erweisen wir unserem Land keinen Dienst«, sagte Gesundheitsminister Alain Berset am vergangenen Montag in Bern, als er gemeinsam mit Bundespräsident Guy Parmelin und dem Präsidenten der Konferenz der Kantonsregierungen, Christian Rathgeb, den Abstimmungskampf für das revidierte Covid-19-Gesetz eröffnete; am 28. November entscheidet das Volk.

Das politische Pandemiebekämpfungs-Triumvirat machte in Bern zwei Dinge klar: Wir brauchen dieses Gesetz unbedingt. Und: Wir haben keinen Plan B.

So weit, so normal für das direktdemokratische System der Schweiz, das stark nach dem Schwarz-Weiß-Prinzip funktioniert. Entweder eine Vorlage kommt in einer Abstimmung durch, oder sie wird abgelehnt. Alternativen dazu gibt es keine. (Die werden dann erst später nachgereicht.) Es ist ebenfalls nichts Besonderes, dass gegen ein Gesetz das Referendum ergriffen wird, selbst wenn es im Parlament eine satte Mehrheit fand.

An diesem Montag aber tritt der Bundespräsident persönlich auf, um den Ernst der Lage zu betonen. Der oberste Kantonsvertreter sagt: »Wir haben Respekt vor der Abstimmung.« All das, weil sich in der Politik, in den Medien, in der Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen die Angst festgesetzt hat, die Corona-Krise spalte die Schweiz.

Dass ein Referendum mit 187.239 Unterschriften eingereicht wird, wo doch lediglich 50.000 nötig wären, ist tatsächlich nicht normal,

sondern rekordverdächtig. Zumal die Unterschriften von einem Verein gesammelt wurden, den »Freunden der Verfassung«, der sich erst in der Corona-Krise formiert hat. Außergewöhnlich und bedenklich ist auch, dass der Wanderzirkus der Corona-Demos in den vergangenen Wochen immer aggressiver auftrat. Immer mal wieder kam es zu Ausschreitungen und Scharmützeln mit der Polizei. In den einschlägigen Telegram-Channels wurde sogar darüber fantasiert, das Bundeshaus zu stürmen.

Ebenso sonderbar ist, was sich Mitte September in der kleinen Gemeinde Wald im Zürcher Oberland zugetragen hat. Drei lokale SVP-Sektionen hatten ihren Bundesrat Ueli Maurer auf einen Bauernhof eingeladen. Dort ließ sich der Finanzminister nicht nur in einer Kutte der Freiheitsrychler ablichten, die mit ihrem Kuhglocken-Gebimmel zum Symbol der Skeptiker-Bewegung geworden sind. In seiner Rede sagte Maurer, der seit 13 Jahren in der Landesregierung sitzt und eigentlich ans Kollegialitätsprinzip gebunden ist: »Wenn wir ganz ehrlich sind [...], hat der Staat meiner Meinung nach versagt – eine Führungskrise und keine Corona-Krise.« Und weiter: »Der Bundesrat hat auch Freude gekriegt an der Macht, ich sage das jetzt selbstkritisch, jetzt können wir mal sagen, wo Gott sitzt.«

**Der »Blick« bemüht Josef Stalin, die »Weltwoche« schreibt vom »Volksaufstand«**

Nun könnte man meinen, ein Gesetz, das nicht nur die rechtliche Grundlage für das Covid-Zertifikat, sondern auch für zahlreiche staatliche Pandemiehilfen bildet, das also dafür sorgt, dass aus der Gesundheits- bisher keine Wirtschaftskrise wurde, ein solches Gesetz finde eine satte Mehrheit. Tatsächlich votierten im vergangenen Juni, als eine Referendumsabstimmung über das erste Covid-19-Gesetz anstand, 40 Prozent der Stimmberechtigten dagegen – ohne dass es dabei zu einem hitzig geführten Abstimmungskampf kam. Die Lage in den Spitalern war ruhig, eine Zertifikatspflicht für einen Restaurant- oder Fitness-

center-Besuch eine »bizarre Diskussion« (Alain Berset). Nun, vor dem zweiten Covid-Urnengang, ist die Stimmung ungleich aufgeheizter. Die Maßnahmen-Gegner sprechen von einer Zweiklassengesellschaft, die der Bundesrat und das Parlament geschaffen hätten. Als zertifikatslose Ungeimpfte oder vor mehr als 180 Tagen Genesene fühlen sie sich vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen; und PCR-Tests sind nur noch zwei Wochen lang kostenlos. Die Regierung spalte mit ihrer Politik das Land, heißt es.

Die hiesigen Medien nehmen die Erzählung dankbar auf – und befeuern sie. Das Schweizer Radio und Fernsehen warnt in einem Online-Kommentar vor einem »heiklen Moment für die Schweizer Gesellschaft«. Der *Blick* bemüht in ein und demselben Artikel den Freiheitsbegriff der NSDAP und jenen von Josef Stalin, »nur weil einer die Freiheit im Mund führt, ist er noch lange nicht ihr Fürsprecher«, um die totalitären Züge der Impfgegner-Bewegung zu geißeln. Die *Weltwoche* schreibt hingegen euphorisiert von einem »Volksaufstand«. Im Parlament fordern derweil SP-Parlamentarier vom Bundespräsidenten eine Erklärung für die unkollegialen Äußerungen seines Parteikollegen Maurer. Parmelin sagt kurz und knapp: »Der Bundesrat kommentiert keine Äußerungen eines seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit. Alle Entscheide des Bundesrats werden im Rahmen des Kollegialitätsprinzips gefällt.«

Der *Tages-Anzeiger* schreibt darauf: »Ein Regierungsmitglied, egal wie kritisch und eigenständig im Denken, darf in einem derart aufgeladenen Umfeld nicht zündeln.« Es gehe um nicht weniger als »den Frieden im Land«. Die *Aargauer Zeitung* dreht die Geschichte weiter in die Zukunft und lässt den Politologen Lukas Golder vorrechnen, wie groß das Wählerpotenzial der Maßnahmen-Skeptiker ist: »Theoretisch liegt es bei zehn Prozent«, sagt der Co-Leiter des Forschungsinstituts GfS Bern. Mehr noch: Sollte die Bewegung bei den Wahlen im Jahr 2023, mit denen sie bereits liebäugle, auf fünf Sitze und auf drei Wählerprozent kommen, »verschiebt sich das politische Gefüge«.

Das Online-Portal Watson hat – dankenswerterweise – der Saga von der Spaltung des Landes ein paar Statistiken entgegengehalten. Von 30.000 Studierenden an der Universität Zürich haben gerade mal 150 gegen die Zertifikatspflicht demonstriert. Am vergangenen Samstag protestierten in Uster 3000 Menschen gegen die Corona-Maßnahmen. Gleichzeitig sind fünf Millionen Menschen in der Schweiz vollständig gegen das Virus geimpft. 1050 Betriebe im Kanton Zürich wurden in der vergangenen Woche überprüft, ob sie die Zertifikatspflicht einhalten. Elf wurden verweigert, fünf gebüßt.

Der Politikwissenschaftler Marc Bühlmann von der Universität Bern sagt, als man ihn am Telefon erreicht: »Die Corona-Gegner-Bewegung wird völlig überschätzt.« Und dann sagt er noch einen Satz, für den er sich vorab halb entschuldigt, weil er sichergehen will, nicht ideologisch, sondern wissenschaftlich verstanden zu werden, »sonst heißt es wieder, ich sei ein SVP-Freund. Aber aus demokratietheoretischer Perspektive ist es gut, dass es Leute gibt, die mit der Politik des Bundesrats nicht einverstanden sind.«

### Die Geschichte des gespaltenen Landes ist so alt wie das Land

Bühlmann ist Direktor der *Année Politique Suisse* und damit der politologische Chronist des Landes. Er verweist darauf, dass die Schweiz seit ihrer Gründung von Gräben durchzogen ist: Mal sind es die Konfessionen, mal ist es die Sprache, welche die Menschen teilt. »Deshalb gehört die Spaltungsgeschichte zu den beliebtesten politischen Erzählungen«, sagt Bühlmann.

Anfang des 20. Jahrhunderts habe man sich davor gefürchtet, die Kommunisten würden das Land untergraben. »Es gab Vorstöße im Parlament, die dem Staat das Recht erteilen wollten, die Organisationen zu unterwandern«, sagt Bühlmann. Später wurde die KP verboten. Als vor 40 Jahren das Gurtenpflicht-Obligatorium eingeführt werden sollte, wehrten sich Autofahrer-Organisationen heftig dagegen: »Sie sahen darin

einen Übergriff des Staates auf ihre individuelle Freiheit.«

Damals wie heute waren die Bewegungen nur schwer zu fassen. »Man hat ein paar Figuren und Namen, mehr nicht«, sagt Bühlmann. Deshalb ist er auch skeptisch, ob die Maßnahmen-Gegner, ob die »Freunde der Verfassung« tatsächlich zu einer neuen politischen Kraft werden, als die sie bereits von einigen Medien gehandelt werden. »Von Marche Blanche behauptete man dasselbe«, sagt Bühlmann. Also der Bewegung um die Walliserin Christine Bussat, die innert weniger Jahre zwei Volksinitiativen durchbrachte, fast im Alleingang. Ihretwegen sind die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten mit Kindern und ein Berufsverbot für Pädophile in der Bundesverfassung verankert. »Aber 2011 löste sich die Bewegung auf«, sagt Bühlmann. Und Bussat, die 2015 erfolglos für den Nationalrat kandidierte, betreibt heute einen Burger-Diner in Nyon.

Aber wie wird die Abstimmung am 28. November ausgehen?

»Es wird extrem wichtig sein, welche Seite stärker mobilisieren kann«, sagt Bühlmann. Die Impfkritiker werden vor allem damit argumentierten, dass die Covid-Maßnahmen sie ihrer Freiheit beraubten, dass das digitale Zertifikat der Anfang eines sanitärischen Überwachungsstaates sei. Die Befürworter könnten nicht nur mit den Reiseeinschränkungen drohen, sondern auch damit, dass alle Hilfsmaßnahmen gestrichen würden – und ohne Zertifikatspflicht ein neuer, verheerender Shutdown drohe.

Und was ist mit der SVP? Immerhin hat sie als einzige Regierungspartei die Nein-Parole beschlossen. »Natürlich will sie daraus Profit schlagen«, sagt Bühlmann, »aber das macht die Grüne Partei mit dem Klimastreik auch.« Aus seiner Sicht, also jener des Wissenschaftlers, sei das durchaus sinnvoll: »Die SVP spielt eine wichtige Rolle für die langfristige Befriedung des Corona-Themas.« Sie bringe die Anliegen dieser Minderheit in die politische Diskussion, ins Parlament. Also an jenen Ort, an dem nicht gleich jeder Dissens als Spaltung missverstanden wird.

Diese Woche im Alpen-Porträt:  
Der Grazer Bettler-Pfarrer Wolfgang Pucher

# Meiden Sie diese Stadt!

ANN-DORIT BOY suchte in Genf einen Krippenplatz für ihr Kind – und ist an der staatlichen Bürokratie fast verzweifelt

**I**ch warne Sie! Ziehen Sie um Himmels willen nicht nach Genf. Nicht, wenn Sie kleine Kinder haben, die Sie in einer Kita unterbringen wollen! Warum denn nur?, werden Sie sich fragen, falls Sie Deutschschweizerin oder Deutschschweizer sind. In den Städten der Romandie herrschen doch sozialstaatlich paradiesische Zustände, von denen gerade junge Familien profitieren? Geben Genfer Eltern ihre Babys und Kleinkinder nicht morgens fröhlich pfeifend in den öffentlichen, hoch subventionierten *crèches* an der nächsten Straßenecke ab, um sich dann tief entspannt in ihren Vollzeitstellen selbst zu verwickeln? Ich muss Ihnen etwas verraten: So stimmt das leider nicht.

Genf hält nämlich nur für knapp die Hälfte der Kinder unter vier Jahren einen Betreuungsplatz bereit. Familien, die einen solchen ergattern, geht es zugegebenermaßen wirklich fast so gut, wie man sich das in Zürich, Basel oder Bern vorstellt. Von den öffentlichen *crèches*, den *jardins d'enfants* und den offiziell subventionierten Tagesmüttern hört man selten Schlechtes. Hinzu kommt, dass diese für Schweizer Verhältnisse tatsächlich sehr erschwinglich sind mit Tagespauschalen von maximal 77 Franken. Es bleibt dann vom Gehalt beider Eltern mehr als nur ein bisschen übrig. Es lebe der real existierende Kita-Sozialismus!

Wer aber neu nach Genf zieht, wenn das Kind schon geboren ist, wie unseres, als wir zu Beginn dieses Jahres hierherkamen, der geht ziemlich sicher leer aus. Die kluge Genferin meldet sich denn auch unmittelbar nach der 12. Schwangerschaftswoche beim Bureau de la Petite Enfance (BIPE), um zum Ende des Mutterschaftsurlaubs – der hier übrigens auch nur 14 Wochen dauert, wie überall in der Schweiz – einen Betreuungsplatz zu haben. Oft klappt das jedoch nicht, und die Großeltern müssen anrücken. Auf der offiziellen Wartequeue des BIPE stehen momentan 1000 Kinder.

Für die Wartequeue gelten harte Regeln. Wenn entweder der Vater oder die Mutter gar nicht oder nur in einem Teilzeitpensum arbeitet, rutscht die Familie ans Ende der Liste. Das Kind wird höchstwahrscheinlich bis zur Einschulung mit vier Jahren in eine öffentliche Kita betreuen haben. »Du musst denen sagen, dass du 100 Prozent arbeitest, sonst kriegst du nichts!«, riet mir eine Nachbarin. Da hatte ich das damals neun Monate alte Kind jedoch schon angemeldet und mich wahrheitsgemäß als teilzeitbeschäftigte Freischaffende geoutet. Ein überlanger Fauxpas. Dazu wohnen wir im falschen Stadtteil. Wobei es in allen Innenstadtkvartieren an Kita-Plätzen fehlt – und an Kinderärzten, aber das ist eine andere Geschichte.

Wenn Sie also unbedingt mit Ihren Kindern nach Genf ziehen müssen, suchen Sie sich wenigstens eine Wohnung an der Peripherie. Dort, wo man am Horizont schon Autohäuser oder Schrotthändler sehen kann. Dann stehen Sie etwas weiter oben auf der Wartequeue. Oder schauen

Sie auf der Website des Kantons Genf nach, wo die Kita-Versorgung am wenigsten miserabel ist. (Vermutlich ziehen Sie dann allerdings gleich über die Grenze nach Frankreich.)

Die hiesigen WhatsApp-Chats von Müttern gleichen Selbsthilfegruppen: Was tun, wenn die nicht registrierte Tagesmutter in ihrer muffigen Wohnung plötzlich sechs Babys betreut anstelle von vier? Soll man den Mitarbeitern des BIPE auf die Nerven gehen? Nützt es etwas, vor denen zu weinen?

Eine eigene, offiziell deklarierte Nanny mit Krankenversicherung oder gar Erzieherinnen-ausbildung kann sich auch bei zwei Einkommen nicht jede Familie leisten. Und von denen, die fair bezahlen könnten, beuten viele trotzdem lieber Einwanderinnen ohne Aufenthaltserlaubnis aus. Tausende solcher Frauen füllen in Genf die riesige Betreuungslücke. Wie lang die Wartequeue des BIPE ohne sie wäre, mag man sich nicht vorstellen.

Wenn das alles so furchtbar ist, werden die Deutschschweizerinnen und Deutschschweizer jetzt einwenden, sollen wir doch nicht so geizig sein und unser Kind in eine privat organisierte Kindertagesstätte bringen. Da werde es doch auch in Genf ein Angebot geben. Die Nachfrage regle bekanntlich den Markt. Das dachte ich auch – bis ich nach Genf kam. Aber auch private Kitas kann man in der Stadt an zwei Händen abzählen, solche, in denen Kinder auch vor Vollendung des ersten Lebensjahres betreut werden können, an gerade mal einer Hand.

Politisch seien private *crèches* in Genf einfach nicht erwünscht, erzählte mir die Leiterin einer solchen, die leider auch keinen Platz für mein Kind hatte. Es sei extrem schwierig, hier Betreuungseinrichtungen profitabel zu betreiben angesichts des hohen Mindestlohns und der strengen staatlichen Auflagen.

Wie habe ich es nun geschafft, diesen Artikel zu schreiben ohne ein quengelndes Kind auf dem Schoß? Irgendwann, nach monatelangem Bangen, meldete sich eine private Kita und bot uns einen Platz an. Ein freundliches Haus, engagierte Mitarbeiterinnen, soweit man das in Zeiten der Pandemie beurteilen kann; als Eltern hat man zurzeit kaum Kontakt mit den Betreuerinnen. Der Platz ist selbstverständlich unsubventioniert und kostet 140 Franken am Tag – gleich viel wie in einer teuren Krippe in Zürich. Und um unser Kind dorthin zu bringen, müssen wir 40 Minuten mit dem Bus fahren. Wir haben sofort zugeschlagen.

In ein paar Jahren, das soll der Fairness halber nicht verschwiegen werden, könnte die Lage ein bisschen weniger dramatisch sein. Die Stadt will Hunderte neue Kita-Plätze bereitstellen. Da landet man als Neuankömmling dann vielleicht gleich auf Platz 500 der Wartequeue. Fragen Sie also lieber noch mal nach, bevor Sie nach Genf kommen. Und sagen Sie nicht, ich hätte Sie nicht gewarnt.



**Im Visier.** Pamela heißt eigentlich anders. Aber ihren richtigen Namen möchte die Aktivistin aus Lugano nicht in der Zeitung lesen. Ende Mai ließen die Behörden das selbstverwaltete Kulturzentrum Il Molino räumen. In derselben Nacht fuhren die Bagger auf. »Seither verfolgt die Polizei alle, die sich für das Molino einsetzen«, sagt Pamela zur Fotografin Karla Voleau: »Die Stadt will uns und unsere Ideen zerstören.« [www.zeit.de/instagram](http://www.zeit.de/instagram)

SERVUS. GRÜEZI. HALLO.

## Darauf ein Röteli!

**E**s werden zähe Wochen im politischen Deutschland: Wer kann und will mit wem das Land regieren? Da hilft manchmal nur noch, genau, ein Schnaps. Und darüber sprechen in der aktuellen Folge des transalpinen Podcasts *Servus. Grüezi. Hallo.* die beiden ZEIT-Korrespondenten Matthias Daum aus Zürich und Florian Gasser aus Wien mit Lenz Jacobsen von ZEIT

ONLINE in Berlin. Wieso musste in den 1960er-Jahren das Rezept des Appenzeller Alpenbitters geändert werden? Warum hatte die Schweizerische Bundesverfassung bis 1999 einen Absinth-Artikel? Und wie brannten die Davoser ihren Röteli, wenn dort oben doch keine Kirschen wachsen?

[www.zeit.de/alpenpodcast](http://www.zeit.de/alpenpodcast)

POSTLEITZAHL

# 4500

(K)ein historischer Sonntag in Solothurn

Sie hießen Franz, Constanz, Josef, Wilhelm, Johann, Hans, Walter, Paul, Robert, Fritz, Urs und zuletzt, während 28 Jahren: Kurt. Die Männer, die seit der Gründung des Bundesstaates im Jahre 1848 der Stadt Solothurn als Stadtpräsidenten vorstanden. Frauen? Gab es bisher keine.

Es war darum ein historischer Moment, als am vergangenen Sonntag der Stadtschreiber von Solothurn gegen 15 Uhr auf den Pausenhof des Hermesbühl-Schulhauses trat und verkündet: »Gewählt ist mit 3649 Stimmen Steffi Ingold.« Die 54-Jährige hatte sich im zweiten Wahlgang gegen den freisinnigen Kandidaten durchgesetzt. Die Freude bei den Linken war groß, denn Frau Ingold ist nicht nur eine Frau, sondern auch eine Sozialdemokratin, ihre Wahl darum doppelt historisch. Abgesehen von zwei Konservativen im 19. Jahrhundert standen der Stadt Solothurn bisher ausschließlich Männer vor, die der FDP angehörten.

Während in der Stadt Geschichte geschrieben wurde, blieb im Kanton Solothurn alles beim Alten: Fast drei Viertel der 90.000 Urnengänger sagten Nein zum Ausländerstimmrecht. Wobei, um eine Einführung des Ausländerstimmrechts ging es noch nicht einmal in der Initiative der Jungen SP. Sondern um eine Verfassungsänderung, welche es den Gemeinden erlaubt hätte, in eigener Kompetenz zu entscheiden, ob sie ihren niedergelassenen Deutschen, Türkinnen und Portugiesen das Stimmrecht auf Gemeindeebene geben wollen.

Der Regierungsrat hatte sich für das Anliegen ausgesprochen, der Kantonsrat dagegen. Dagegen waren auch alle 107 Gemeinden des Kantons Solothurn. Die Auswertung deutet auf ein altbekanntes Wahlverhalten: Je weniger Ausländer in einer Gemeinde leben, desto größer scheint die Angst zu sein, dass diese mit ihrer politischen Mitbestimmung das Dorf auf den Kopf stellen könnten, und desto größer ist die Ablehnung. Mancherorts schrieben weniger als 15 Prozent ein Ja auf den Stimmzettel.

So bleiben die Kantone der Romandie und die drei Deutschschweizer Exoten Appenzell Ausserrhoden, Graubünden und Basel-Stadt die einzigen, in denen die Ausländer zumindest teilweise nicht nur als Steuerzahlerinnen, sondern auch als Mitgestalter gefragt sind.

Nicht nur in Solothurn tat man sich am vergangenen Wochenende schwer mit der Idee, die politischen Rechte auszuweiten und die Demokratie damit zu stärken.

Auch im kleinen Kanton Uri scheint man – 's isch immer e so gsi – das Solothurner Lied gut zu kennen. Gegen den Willen der Regierung und der meisten Parteien entschied sich das Stimmvolk dagegen, die Jugendlichen bereits ab 16 Jahren wählen und abstimmen zu lassen.

In Uri war es der zweite Anlauf, in Solothurn bereits der vierte. SARAH JÄGGI

ANZEIGE

**DIE ZEIT**

## 43% sparen und Geschenk sichern!

Lesen Sie 3 Monate lang DIE ZEIT mit den Extra-Seiten für die Schweiz für nur 62.40 CHF statt 110.50 CHF, und erfahren Sie jede Woche das Wichtigste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

**Als Dankeschön erhalten Sie ein hochwertiges Geschenk Ihrer Wahl.**



**inkl. ZEITmagazin**

**Geschenk zur Wahl**



Jetzt direkt bestellen unter:

[www.zeit.de/3monate](http://www.zeit.de/3monate) ☎ **+49 40/42 23 70 70\***

\*Bitte die jeweilige Bestellnummer angeben: 1993728 H13 - 1993729 H13 Stud. Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, D-Hamburg

# Wir haben die Produkte, du das Leben

100.-  
**Levis** Jeans 501 Or

7.50  
**Herba** FFH Haarklammer

39.-  
**24 Bottles** Trinkflasche  
Clima (0.5l)

28.-  
**Mikasa** VXS Beach Attack

 GALAXUS

## Das Alpen-Porträt

## »Das ist unmenschlich!«

In Basel streitet man darüber, wie die Stadt mit ihren Bettlern umgehen soll. Wolfgang Pucher, ein Pfarrer aus Graz, verurteilt Verbote und hätte da eine andere Lösung



»Wenn Sie heute durch Graz gehen, und da sitzt still ein Bettler, dann tritt keiner mehr dessen Becher weg«, sagt Pfarrer Wolfgang Pucher

**DIE ZEIT:** Herr Pucher, wann haben Sie sich zuletzt über einen Bettler geärgert?

**Wolfgang Pucher:** Überhaupt noch gar nie! Im Gegenteil. Als vor 25 Jahren die ersten Bettlergruppen aus der Slowakei nach Graz kamen, war ich der Erste, der getan hat, was wir alle tun müssten: Ich habe mit einem von ihnen gesprochen, mithilfe einer Dolmetscherin.

**ZEIT:** Was haben Sie ihn gefragt?

**Pucher:** Warum sind Sie da, und wo schlafen Sie?

**ZEIT:** Was war seine Antwort?

**Pucher:** Abends, nach 22 Uhr, hat er mir gezeigt, wo sie zu fünft in einer öffentlichen Toilette die Nacht am Boden verbringen mussten. Das war für mich ein Schock.

**ZEIT:** Was haben Sie getan?

**Pucher:** Ich habe die fünf in unserer Notschlafstelle aufgenommen. Dann rief ich alle meine Pfarrerkollegen hier in Graz an, auch die evangelischen, und habe ihnen gesagt: Ich bitte dich, nimm einen, zwei, so viele, wie du kannst, bei dir auf!

**ZEIT:** In der Schweiz wird, vor allem in Basel, seit Monaten heftig über Bettler diskutiert. Seit Sep-

tember gilt in der Stadt ein neues Gesetz: Bettler müssen sich mindestens fünf Meter entfernt von den Eingängen zu Läden, Restaurants, Bahnhöfen, Märkten aufhalten. Haben Sie Verständnis, wenn sich jemand belästigt fühlt, wenn er von Bettlern angesprochen oder am Arm gepufft wird?

**Pucher:** Die Leute mögen das natürlich nicht! Aber wir haben die Lösung hier in Graz gefunden. Und die würde ich auch für die Schweiz empfehlen.

**ZEIT:** Wie sieht diese Lösung aus?

**Pucher:** In dem Augenblick, wo wir diese Menschen beherbergen, können wir einen Einfluss auf sie ausüben. Ich hole die Leute regelmäßig zusammen und sage: Wenn ihr wollt, dass man für euch Verständnis hat, dann müsst ihr berücksichtigen, was die Leute akzeptieren können und was nicht. Jemanden am Ärmel zu zupfen, das ist nicht richtig, das dürft ihr nicht machen! Heute gibt es in Graz kaum noch Beschwerden.

**ZEIT:** Trotzdem brach später eine riesige Debatte aus. Die *Kronen Zeitung* warnte vor osteuropäischen Banden, die nach Graz kommen, die Leute fühlten sich gestört, auch die Unternehmer. 2011

wurde ein generelles Bettelverbot im ganzen Bundesland Steiermark eingeführt.

**Pucher:** Was da alles behauptet wurde! Dass es da einen Bettler-Mercedes geben würde, der die Armen anliedere. Ich habe das immer wieder gesagt, und die Werte gilt bis heute: Wer mir ein Foto von diesem Bettler-Mercedes bringt, bekommt 1000 Euro. Das zweite Beispiel ist noch viel schlimmer: Im Zentrum von Graz beschimpfte mich eine Standbesitzerin: »Sie, Herr Pfarrer, unterstützen diese Leute! Schauen Sie, dort, bei diesem schmalen Durchgang kommt jeden Tag um 14 Uhr ein Mann mit einer gelben Tasche und kassiert ab, was die Bettler eingenommen haben.« Ich war schockiert und habe den Vorfall sofort der Polizei gemeldet.

**ZEIT:** Und was geschah?

**Pucher:** Nichts! Zivile Polizisten haben den Korridor 14 Tage lang beobachtet, ohne etwas Verdächtiges zu finden. Da bin ich explodiert und zu dieser Geschäftsfrau am Marktplatz gegangen und habe die angeschrien, sodass es alle hören konnten: »Sie unverschämte Bestie! Diese armen Leute noch ins Elend zu drängen mit Ihren Lügen!«

**ZEIT:** Sie setzen sich nicht nur auf den Straßen von Graz für die Bettler ein, sondern auch vor Gericht. Was war Ihr größter Erfolg?

**Pucher:** Wir haben es beim österreichischen Verfassungsgerichtshof geschafft, die Verbote in zwei Bundesländern, in Salzburg und in der Steiermark, zu kippen. In Tirol haben sie, aus Angst vor einer Klage, ihr Verbot freiwillig aufgehoben. Am meisten freut mich, dass es zur Stunde in ganz Österreich kein einziges generelles Bettelverbot mehr gibt.

**ZEIT:** In der Schweiz ist das anders: In 14 von 26 Kantonen ist das Betteln generell verboten. Kürzlich hat die Stadt Genf dafür eine Rüge des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kassiert.

**Pucher:** Richtig so. Ein Bettelverbot verstößt gegen zwei Paragraphen der Europäischen Menschenrechtskonvention: Zum einen steht es jedem frei, seine Lebensführung frei zu gestalten, also sich den Unterhalt mit Betteln zu verdienen. Der zweite Punkt: Wenn ich mich hinsetze und zeige, dass ich arm bin, dann ist das eine Präsentation einer Not und durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt.

**ZEIT:** Was bringt denn ein Bettelverbot?

**Pucher:** Richtig. Die Bettler halten sich ohnehin nicht daran. Die Überlebensstrategie dieser Menschen ist zehnfach stärker als meine. Die meisten Grazer Bettler kommen aus zwei Orten: aus Hostice in der Slowakei und aus der Stadt Sfântu Gheorghe in Rumänien. Jede Bettlerfamilie, die nicht betteln würde, müsste mindestens einmal pro Monat hungern. Und wer Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld bezieht, erhält so wenig, dass er, wenn er alle fixen Kosten – Wohnung, Wasser, Strom – bezahlt hat, pro Person und Tag noch 55 Cent zum Leben übrig hat. Wie viel ist das in der Schweiz?

**ZEIT:** 45 Rappen.

**Pucher:** Damit kann kein Mensch überleben.

**ZEIT:** Die Menschen werden zum Betteln gezwungen?

**Pucher:** In der Ostslowakei ist die Arbeitslosenquote extrem hoch. Wenn man weiß, wie sehr die Roma in ihren Heimatländern ausgegrenzt und diskriminiert werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn die mobileren unter ihnen sich sagen: »Das halten wir nicht mehr aus! Wir gehen nach Westeuropa, die schwimmen im Wohlstand, die sollen mit uns teilen.«

**ZEIT:** Ein weitverbreitetes Argument gegen das Betteln ist, dass diese Menschen gut miteinander vernetzt sind und es sich herumspricht, wo man gut betteln kann.

**Pucher:** Ist das ein Verbrechen? Wenn ich auf Urlaub fahre, will ich auch wissen, wo es besonders schön ist.

**ZEIT:** Es gibt die Sorge, dass immer mehr Bettler in die Schweiz und nach Österreich kommen.

**Pucher:** Wir haben seit Jahren immer gleich viele Bettler in Graz, etwa 150. Bei 300.000 Einwohnern. Das werden wir wohl aushalten. Und auch Basel wird ein paar Bettler ertragen.

**ZEIT:** Wenn Sie nun der Basler Regierungspräsident Beat Jans, ein Sozialdemokrat, anrufen würde, was würden Sie ihm raten?

**Pucher:** Erstens: Ob du einem Bettler etwas gibst oder nicht, das ist deine Entscheidung. Zweitens: Wenn du geben willst, dann such dir einen einzigen Bettler aus. Rede mit ihm, frage ihn, warum er da ist. Drittens: Fahre drei Tage in seine Heimat, und lass dich von ihm einladen. Du wirst als veränderter Mensch zurückkommen. So ist es einem Grazer Polizisten ergangen, der lange mein größter Feind war.

**ZEIT:** Auch in Graz ist für Bettler aber nicht alles erlaubt. Passanten dürfen nicht aktiv angesprochen werden, und es ist auch verboten, in Restaurants um Geld zu betteln. Ist die Basler Fünf-Meter-Regel ein vergleichbarer Versuch, eine Lösung zu finden, mit der alle leben können?

**Pucher:** Man kann das ins Gesetz schreiben, aber das ist unmenschlich. Wenn die Basler Unternehmer ein bisschen Herz haben, holen sie die Bettler vor ihrer Tür herein und hören sich ihre Geschichte an. Dann können sie immer noch entscheiden, ob sie diese Menschen vor ihrem Geschäft akzeptieren, auf fünf Meter Distanz halten oder gleich ganz verjagen wollen.

**ZEIT:** Ist es für Sie denn in Ordnung, wenn sogar Kinder betteln müssen?

**Pucher:** Die betteln ja nicht selbst, aber die Mütter halten sie an der Hand. Das genügt, um Mitleid zu wecken.

**ZEIT:** Die Kinder verbringen den ganzen Tag auf der Straße, statt in der Schule zu sitzen.

**Pucher:** Diese Bildungsfrage ist komplex. Ich habe einen Rom in der Slowakei unterstützt, der hat das Gymnasium gemacht, die Universität abgeschlossen und ist Diplomingenieur geworden. Der hat alles getan, was man für einen guten Arbeitsplatz braucht – und wissen Sie, was er dafür bekommen hat? Keinen Job. In der Heimat werden Roma diskriminiert, es ist egal, ob sie gebildet sind oder nicht. Bildung ist in unseren Ländern natürlich ein Sprungbrett für ein besseres Leben – aber das gilt nicht für die Roma in Osteuropa.

**ZEIT:** Sie würden also so weit gehen und sagen: Für ein Roma-Kind ist ein Aufwachsen als Bettlerkind besser, als wenn es in die Schule geht?

**Pucher:** Diese Frage ist zu eng gestellt. Die Frage ist, wie wir mit gebildeten Roma-Kindern umgehen. Haben sie Chancen am Arbeitsmarkt? Das System in ihren Heimatländern ist so schrecklich, man hat die Roma immer verfolgt und ausgegrenzt. Niemand will sie haben, und gleichzeitig sollen sie so leben, wie wir es gerne hätten.

**ZEIT:** Was war schwieriger in Graz: die Gerichtsprozesse gegen das Bettelverbot zu gewinnen oder die Bettler-Stereotype aus den Köpfen der Einheimischen zu kriegen?

**Pucher:** Einen Prozess zu führen ist nicht so schwer. Schwieriger war es, gegen die vielen Vorurteile anzukämpfen. Wenn Sie heute durch Graz gehen, und da sitzt still ein Bettler, dann tritt niemand mehr dessen Becher mit dem Fuß weg. Auch weil die Leute wissen: Im Hintergrund gibt es den Pfarrer Pucher, der sie anzeigt, wenn er sie dabei erwischt.

## Wolfgang Pucher

Am 31. März 1939 in Hausmannstätten bei Graz geboren, wuchs Wolfgang Pucher in ärmlichen Verhältnissen auf. Nach seiner **Priesterweihe 1963** war er als Kaplan und Religionslehrer tätig, bevor er 1973 zum Pfarrer der **Pfarr St. Vinzenz in Graz** berufen wurde. Pucher setzt sich seit Jahrzehnten für **Bedürftige** ein, ging erfolgreich gegen **generelle Bettelverbote** in Österreich vor und gründete die **VinziWerke**, wo rund 400 obdachlose Menschen in Graz und Wien betreut werden

ANZEIGE

**ZEIT AKADEMIE**

**SUMMER-SPECIAL: 8 Wochen für 8€ lernen!**

Entdecken Sie **über 60 Online-Kurse der ZEIT Akademie im Summer-Special!** Sie streamen **8 Wochen lang** unbegrenzt zum Sommerpreis für nur **8€** statt 49,98€! Lernen Sie spannende Themenbereiche kennen – von Entwicklungspsychologie über die beeindruckenden Leistungen unseres Gehirns und erlesenes Wissen zu Deutschen Weinen bis hin zu praktischen Tipps für wirkungsvolles Kommunizieren in Job und Alltag.

**Lernen Sie mit den besten Expert\*innen aus Wissenschaft und Praxis – bis zum 3.10. zum Sonderpreis!**

**Jetzt zugreifen!**

- ✓ Über 60 Online-Kurse unbegrenzt streamen
- ✓ Inhalte von über 100 renommierten Expert\*innen
- ✓ Zugriff auf alle neu erscheinenden Kurse
- ✓ Zugriff auf exklusives Begleitmaterial
- ✓ Mit der Downloadfunktion der App alle Videos auch offline genießen
- ✓ Kein Risiko: innerhalb der ersten 8 Wochen jederzeit kündbar

**NUR NOCH BIS 3.10.!**

Hier geht's zum Summer-Special: [www.zeitakademie.de/8wochen8euro](http://www.zeitakademie.de/8wochen8euro)

Anbieter: ZEIT Akademie GmbH, Buceriusstraße, Hamburg

Das Gespräch führten Sarah Jäggi und Christina Pausackl